

Wie lässt sich erklären, dass in Ostdeutschland die Zustimmung zu populistischen Parteien deutlich höher ist als im Westen? Wieso gehen andererseits in Ost und West aktuell so viele Menschen zur Verteidigung der Demokratie auf die Straße? Kaum jemand ist besser geeignet, solche Entwicklungen und scheinbaren Widersprüche zu erklären, als die Zeithistorikerin Christina Morina. Denn die Wissenschaftlerin kennt beide Seiten. In Frankfurt (Oder) geboren, gehört sie heute zu den immer noch sehr wenigen Ostdeutschen, die an einer Universität im Westen eine Professur innehaben. Wie gefragt ihre Expertise ist, lässt sich auch daran erkennen, dass sie sich zum Gespräch in Berlin eine halbe Stunde verspätet. Denn auch Politiker in der Hauptstadt, mit denen sie an diesem Tag schon verabredet war, wollen wissen, wie sie die Lage im Land einschätzt.

Frau Morina, den Ostdeutschen wird ja mit Blick auf die hohe Zustimmung zur AfD aus dem Westen oft vorgehalten, dass sie die Demokratie nicht genug schätzen. Zu Recht? Es gibt eine besondere ostdeutsche Demokratiegeschichte. Mit dieser habe ich mich in meinem Buch „Tausend Aufbrüche“ befasst. Und nach 1990 gab es dann eine Reihe von Umständen, die dazu geführt haben, dass die Demokratisierung nach dem Bonner Modell in Ostdeutschland ihre Grenzen hatte. Zum einen, weil man damals eine Ordnung mehr oder weniger umstandslos auf einen besonders geprägten politisch-kulturellen Raum übertragen hat. Die Ostdeutschen haben die bundesdeutsche Demokratie zudem in einer Zeit kennengelernt, in der massive wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einschnitte an der Tagesordnung waren. Zur Erinnerung: Kurz nach der Einführung der D-Mark im Osten verloren Hunderttausende Menschen ihre Arbeit, und sehr viele jüngere Ostdeutsche wanderten daraufhin in den Westen ab. Anders als in Westdeutschland nach 1949 – wo man eine Art Wirtschaftswunder-Demokratie aufbauen konnte – haben sich die Ostdeutschen die liberale Demokratie in einer sehr schwierigen Zeit angeeignet.

Und die Folgen davon sind bis heute zu spüren?

Ich finde es bemerkenswert, dass trotz dieser schwierigen Umstände die große Mehrheit auch im Osten die Demokratie als Idee unterstützt. Laut Umfragen liegt sie ohne nennenswerte Unterschiede landesweit bei über 90 Prozent. Und um die 70 Prozent der Ostdeutschen wählen die AfD ja auch nicht. Interessant wird es jedoch, wenn man auf die Frage schaut: Was verstehen die Leute unter Demokratie? Und da ist im Osten immer noch eine ganz besondere Tradition am Wirken: nämlich nicht so stark die repräsentativ-parlamentarische Demokratieerfahrung, sondern volks-, direkt- und straßendemokratische Vorstellungen, die auf je eigene Weise sowohl in die vermeintliche „Volksrepublik“ DDR als auch in den demokratischen Aufbruch von 1989 zurückreichen.

Sie meinen die Erfahrung: Wenn wir alle auf die Straße gehen, können wir gemeinsam etwas verändern?

Ja. Und dafür, dass es damals gelang, die alte Ordnung gewaltfrei zu stürzen, gab und gibt es ja auch große Anerkennung aus dem Westen. Zugleich geht eine solche höchst dynamische, auch unberechenbare straßendemokratische Politikenerfahrung natürlich nicht so leicht zusammen mit den geregelten Verfahren einer repräsentativen Demokratie, in der Parteien, Interessenverbände und eine fest verankerte Gewaltenteilung eine zentrale Rolle spielen.

Geraten Menschen, die heute noch immer jeden Montag zu den regierungskritischen Demos gehen, die vermeintlich an die Demos von 1989 in der DDR anknüpfen, deshalb in den Verdacht, nicht demokratisch zu sein? Genau das finde ich nicht richtig, Leute, die mit den genannten Erfahrungen im Rücken vielleicht als demokratieskeptisch gelten können, für per se antidemokratisch zu halten. Man sollte stattdessen genauer hinschauen, worin die Unzufriedenheit „mit der Demokratie“ konkret besteht, nach der in Umfragen nur pauschal gefragt wird. Denn genau von diesem diffusen Unzufriedenheitsgefühl lebt die AfD, weidet sich darin mit ihren fragwürdigen Angeboten und vermeintlich „wahren“ Volksvertretungsparolen.



Der Osten schätzt die Demokratie nicht? Das Vorurteil weist Zeithistorikerin Christina Morina entschieden zurück.

Foto: Stefan Sauer/dpa

„Die große Mehrheit wählt nicht die AfD“

Christina Morina Mehr als 90 Prozent der Ostdeutschen unterstützen die Idee der Demokratie, sagt die Zeithistorikerin. Interessant sei jedoch, was die Leute unter dem Begriff genau verstehen. Ein Gespräch über die Erfahrung des großen Umbruchs und das Gefühl des Abgehängtseins. *Von Dietrich Schröder*



„Extreme haben sich, einmal mit Macht ausgestattet, in der Regel nicht gemäßigt.“

Christina Morina
Zeithistorikerin

Und was meinen Sie? Warum sind so viele Ostdeutsche unzufrieden?

Das wissen die Sozialwissenschaftler besser, die aber vor allem auf der soziokulturellen und Gefühlsebene nachfragen und noch viel zu wenig in Richtung Erfahrungen mit „der Politik“. So wissen wir, dass es im Osten mit 19 Prozent doppelt so viele Menschen gibt, die sich abgehängt fühlen, als in Westdeutschland. Ich glaube aber, relevanter ist, dass es hier spezifische Erwartungen an die Demokratie im Sinne eines stark persönlich genommenen Anspruchs auf Interessenvertretung gibt und zugleich ein einheitlicher Volkswille unterstellt wird, dem „die Politik“ nur folgen müsse. Diese beiden Dinge passen nicht gut zueinander und schon gar nicht zur liberalen Demokratie, die auf dem Zusammenspiel von Konflikt und Ausgleich fußt.

Könnte die Unzufriedenheit vielleicht auch aus dem Gefühl resultieren, dass es genug für ein Leben ist, wenn man einmal so große Umwälzungen wie 1989/90 durchgemacht hat? Und dass man sich dann mit weiteren Veränderungen schwer tut, die wieder vieles infrage stellen?

Das ist sicher ein Faktor. Aber der muss auch nicht zwangsläufig dazu führen, dass man andere Menschen ausgrenzt. Oder dass man denjenigen, denen es noch schlechter geht, keinerlei Empathie oder Solidarität entgegenbringt. Ich verweise bei solchen Erklärungsversuchen auch immer wieder auf die große Zahl der Ostdeutschen, die sagen: Gerade weil wir so harte Veränderungen durchgemacht haben, werden wir auch mit neuen Herausforderungen schon irgendwie fertig. Sicher ist dieser Teil der Ostdeutschen nicht so laut, und doch bilden sie die große Mehrheit. Und sie hadern auch nicht ständig im Klagemodus mit ihrem Schicksal, wie gern unterstellt wird. Trotz all der erlebten Umbrüche

ist die Mehrheit nicht extremistisch eingestellt.

Wie bewerten Sie, dass nach Bekanntwerden der „Vertreibungs-Konferenz“ von Potsdam so viele Menschen in Ost und West das Bedürfnis haben, auf den Straßen zu demonstrieren?

Man merkt, dass wir insgesamt als Gesellschaft nach Wegen suchen, dem Rechtspopulismus etwas Wirksames entgegenzusetzen. Auch Räume zu finden, in denen sich die Moderaten austauschen und bestärken können. Mit dem Aufbrechen einer halbwegs inklusiven, rationalen Öffentlichkeit ist das sehr schwer geworden. Die Demokratie ist darauf angewiesen, dass möglichst viele darauf vertrauen, dass individuelle Interessen angemessen mit dem Gemeinwohl abgewogen werden. Dafür bedarf es einer vernünftigen Verständigung über das, was Gemeinwohl ist. Eine Republik, in der über das, was die Res publica ist, die öffentliche Sache – die Dinge, die alle angehen –, nicht mehr konstruktiv verhandelt werden kann, ist zum Scheitern verurteilt. Die Demos sind total ermutigend, aber wir müssen uns viel fundamentaler mit den Bedingungen auseinandersetzen, die es braucht, um ein in diesem Sinne demokratisches Leben zu sichern.

Gleichzeitig gibt es im Osten eine deutlich höhere Zustimmung für die AfD und auch für die Bewegungen von Sahra Wagenknecht und vielleicht bald von Hans-Georg Maaßen als im Westen.

Dass es im Osten eine größere Offenheit für die Rede von der vermeintlich nötigen Alternative gibt, kann auch eine Folge des erlebten Großumbruchs sein. Der hat gelehrt: Nichts ist für immer. Ich frage mich aber, ob die Leute wirklich durchdenken, was „danach“ kommen würde, was eine AfD-Ordnung hieße. Sie sollten eigentlich – nach all den Erfah-

rungen des 20. Jahrhunderts – besonders gut durchschauen, wie billig diese Partei unterwegs ist, wie sie so schlicht wie falsch sämtliche Probleme der Gesellschaft auf die Migration schiebt und an sich handhabbare Einzelfragen zu einem Schreckbild der Gesamtlage zusammenbraut, nur um an die Macht zu kommen. Wo ist die Fähigkeit geblieben, Propaganda und totalitäre Begierde zu erkennen? Gerade die Ostdeutschen hatten das einmal so gründlich gelernt.

Derzeit werden Erinnerungen daran wach, dass die Weimarer Republik vor 100 Jahren an einem Mangel an Demokraten untergegangen ist. Drohen heute Parallelen dazu?

Ich kann natürlich nicht in die Zukunft schauen. Wenn etwa nach der Landtagswahl im September die AfD den Landtagspräsidenten in Brandenburg stellen würde, wäre das nicht nur für die parlamentarische Kultur fatal, sondern auch für die praktische gesetzgeberische Arbeit. Dann würde ein Vertreter einer rechtsextremen Partei die Parlamentsgeschäfte führen. Und was die Parallele zu Weimar betrifft: Wir befinden uns nicht in einer Weltwirtschaftskrise, es herrscht bei Weitem keine so dramatische soziale Not und öffentliche Haushaltslage wie damals. Es gibt kein Regieren per Notverordnungen durch einen alleinmächtigen Präsidenten. Und wir haben es mit einer anderen medialen Öffentlichkeit und einer weitgehend wachen, ausgeprägten Zivilgesellschaft zu tun. Dennoch ist ein vergleichender Blick nicht völlig abwegig. Wenn die AfD mit mehr als einem Drittel der Stimmen oder mithilfe von Koalitionspartnern zu exekutiver Macht gelangt, also etwa zu Ministerämtern, spätestens dann wäre ein Damm gebrochen. Für den Fall, dass Parteien den Versuch machten, die AfD irgendwie mit einzubinden, und da sind die konservativen Parteien in besonderer Verantwortung, lehrt die Geschichte, dass dies nicht gut gehen würde. Denn Extreme haben sich, einmal mit Macht ausgestattet, in der Regel nicht gemäßigt, sondern die Macht, die man ihnen gab, genutzt, um das verhasste System von innen zu zerstören.

Sie leben heute in Westfalen, sind aber in Ostbrandenburg aufgewachsen. Was fällt Ihnen auf, wenn Sie auf Heimatbesuch zu Ihren Eltern fahren?

Was im öffentlichen Raum an politischer Kultur sichtbar ist und die Art und Weise, wie über Politik gesprochen wird, unterscheiden sich deutlich. Ein Beispiel: In der Nachbarschaft in Münster, wo ich jetzt wohne, ist es undenkbar, dass in einem Garten eine Reichsbürgerflagge hängt. Da hängen maximal Fahnen von Schalke 04 oder Borussia Dortmund. In manchen Orten auf dem Brandenburger Land ist das aber schon der Fall. Da frage ich mich: Wieso wird das akzeptiert, warum nimmt man daran keinen Anstoß? Oder was braucht es, um denen, die das durchaus anstößig finden, zu ermöglichen, dagegen einzustehen? Wo sind die lokalen Autoritäten, die vorbildhaft dagegen protestieren, aber vermutlich Angst haben, sich zu exponieren? Politisch liegt hier eine staatspolitische Mammutaufgabe, die nicht zuletzt auch eine Frage der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist: Wie gelingt es, den Alltag in Ostdeutschland so zu gestalten, dass es selbstverständlich ist, sich gegen Extremismus zu engagieren? So wie das in der viel wehrhafteren Zivilgesellschaft im Westen der Fall ist, obwohl auch hier die Fundamente brüchig werden. Seit Helmut Kohl haben sich die Bundesregierungen zu ausschließlich mit der wirtschaftlich-sozialen Lage im Osten befasst und zu wenig über die Bedingungen für eine demokratische Kultur, vor allem auf der kommunalen Ebene, nachgedacht.

Demokratie in Ost und West

Christina Morina (48), in Frankfurt (Oder) geboren und aufgewachsen, ging nach dem Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Journalistik für einige Jahre an Unis in den USA (Ohio und Maryland), wo sie 2007 promovierte. Mit ihrer Habilitation „Die Erfindung des Marxismus“ sowie mit Studien über die Rückkehr des Nationalismus und das Erstarken des Rechtspopulismus erlangte sie Bekanntheit. Seit 2019 ist Morina Professorin an der Universität Bielefeld, wo sie auch die „Bielefelder Debatten zur Zeitgeschichte“ ins Leben rief, die sich insbesondere mit der Deutschen Einheit beschäftigen. Ihr jüngstes Buch „Tausend Aufbrüche“ beleuchtet die Demokratievorstellungen und -erfahrungen in Ost und West.